

**Sehr geehrte Mitglieder
des Gleichstellungsausschusses
der Stadt Köln**



Der „Kölner Arbeitskreis gegen Gewalt an Frauen“ hat vor der Sommerpause die Gelegenheit bekommen, die Arbeit und das Netzwerk der Träger und Einrichtungen im Bereich Gewaltschutz in Köln vorzustellen.

Köln bietet ein gewachsenes und breites Netzwerk an verschiedenen Einrichtungen des Gewaltschutzes im Bereich geschlechtsspezifische, sexualisierte und häusliche Gewalt.

Viele der Akteur:innen im Gewaltschutz, wie Frauenberatungsstellen, Interventionsstellen, Frauenschutzhäuser etc., sind jedoch finanziert über „freiwillige“ Leistungen und somit direkt in **Gefahr, bei Kürzungen des Haushaltes das Angebot einschränken zu müssen oder ganz einzustellen.**

Wir bitten die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses sich dafür einzusetzen, dass

die Einrichtungen des Gewaltschutzes eine **institutionelle Förderung und bedarfsgerechte Regelfinanzierung erhalten.**

- Tarifierhöhungen, Verwaltungs-, IT- und andere Sachkosten müssen berücksichtigt werden
- Auskömmliche Finanzierung der Interventionsstellen und Ausbau Stalkingberatung (rechtsrheinisch und linksrheinisch)
- Realisierung des Umbaus des 2. Frauenhauses, um die Aufnahmekriterien mit Blick auf Zielgruppen endlich erweitern zu können
- Finanzierung der Kinderintervention: Beratung von Kindern und Jugendlichen nach miterlebter Gewalt auf der Eltern-/Paarebene, sowohl bei den Interventionsstellen als auch in Frauenhäusern
- Weiterführung der Koordinationsstelle Edelgard, Projekt der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt
- Erhalt aller zielgruppenspezifischen Angebote für Betroffene von häuslicher und/oder geschlechtsspezifischer Gewalt (jeweils mindestens eine halbe Stelle)
 - Paula e.V. – Beratungsstelle für Frauen ab 60 Jahre
 - agisra e.V. – Beratungsstelle für Migrantinnen* und geflüchtete Frauen*

Gewalt ist nicht privat - Gewaltschutz auch nicht!

„Investitionen in Gewaltschutz und Kinderschutz reduzieren die negativen sozialen und ökonomischen Folgen, sowohl für Betroffene als auch für die Gesellschaft und ermöglichen Betroffenen ein Leben in Würde.“

Köln, den 19.09.2024